
Leitantrag junge IG Metall

Inhaltsverzeichnis

L1 - Leitantrag junge IG Metall

Leitantrag junge IG Metall

EL1.001	Vorstand	Leitantrag: Junge IG Metall	4
EL1.001-EA1	Adrian Wiemer (Delegierten- Nummer: 067)	Ergänzungsantrag zu L1 - Junge IG Metall	

Leitantrag junge IG Metall

L1.001	349 VS Köln-Leverkusen	Abschaffung Altersdiskriminierung JAV	7
L1.002	Jugendausschuss beim Vorstand	Tarifpolitik für und mit der jungen Generation	9
L1.003	340 VS Aachen	Studierendenarbeit der IG Metall	10
L1.004	702 VS Aschaffenburg	Tariffbindung für dual Studierende	11
L1.005	Jugendausschuss beim Vorstand	Eine gerechte Reform des Berufsbildungsgesetzes	12
L1.006	212 VS Mittelhessen	Ausbildungsquote und Einbeziehung der schulschwachen Jugendlichen	14
L1.007	145 VS Dortmund	Beteiligung Jugendlicher mit Migrationshintergrund an der dualen Ausbildung	15
L1.008	408 VS Region Hamburg	Strukturelle Diskriminierung	16
L1.009	344 VS Gevelsberg-Hattingen	Förderung der Teilhabe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der dualen Ausbildung	17
L1.010	151 VS Hamm-Lippstadt	Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund	18

Leitantrag 1

Leitantrag: Junge IG Metall

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Mit gezielten Aktivitäten will die IG Metall ihre Erfolge bei der Gewinnung junger Menschen ausbauen, um stärker als bisher eine at-
- 2 traktive Organisation für die junge Generation zu werden. Ein mittelfristiges Arbeitsprogramm stellt die Gewinnung und Beteiligung
- 3 junger Beschäftigter bis 35 Jahren in den Mittelpunkt der Aktivitäten der IG Metall. Die IG Metall Jugend soll zur „Jungen IG
- 4 Metall“ werden. Zur Jungen IG Metall gehören klassische Auszubildende, (dual) Studierende und junge Berufstätige.
- 5
- 6 Die Zukunftsfähigkeit der IG Metall entscheidet sich an folgenden Fragen: Haben wir ausreichend Mitglieder und Aktive unter jungen
- 7 Beschäftigten? Kennen wir uns in ihrer Arbeits- und Lebenswelt aus? Trauen sie uns zu, dass wir – gemeinsam mit ihnen – ihre
- 8 Arbeitsbedingungen in einer sich stark verändernden Arbeitswelt gestalten?
- 9
- 10 Die Beschäftigten unter 35 Jahren sind nach wie vor eine Herausforderung für die IG Metall. Laut unserer Potenzialanalyse 2014 sind
- 11 die Mitglieder unter 35 Jahren weniger stark an die IG Metall gebunden als Mitglieder über 35 Jahre. Das überrascht aufgrund der
- 12 Veränderungen in den Lebensverläufen junger Menschen auf den ersten Blick nicht. Dennoch ist die Bindungskraft im Vergleich mit
- 13 anderen Nichtregierungsorganisationen nur im durchschnittlichen Mittelfeld. Die jungen Mitglieder wägen den Nutzen einer IG Me-
- 14 tall Mitgliedschaft stärker ab und haben höhere Anforderung an uns bezüglich individueller Leistungen wie Rechtsberatung und ge-
- 15 richtliche Vertretung. Der persönliche Kontakt zu Betriebsrat, Vertrauensleuten und der IG Metall vor Ort hat einen hohen Einfluss auf
- 16 die Mitgliederbindung dieser Personengruppe. Die U-35-Generation fordert von der IG Metall eine Einmischung in die Politik bei Fra-
- 17 gen von Arbeit und Beschäftigung.
- 18
- 19 Die IG Metall Jugend ist eine „starke Marke“ und ermöglicht eine hohe Identifikation mit der IG Metall und macht die IG Metall für
- 20 viele junge Menschen erlebbar. Dennoch verstehen sich Beschäftigte nach unseren TNS-Infratest-Erhebungen zwischen Anfang 20
- 21 und Mitte 30 nicht mehr als Zielgruppe der Jugendarbeit: Sie haben schon viel geleistet und sind stolz darauf: auf Aus- und
- 22 Weiterbildung, auf ihre Berufserfahrung, auf ihre Arbeit und eine produktive Rolle im Betrieb. Mit 230.000 Mitgliedern unter 27 Jah-
- 23 ren ist die IG Metall zwar der größte politische Jugendverband Deutschlands und die Zahl junger Mitglieder steigt kontinuierlich. Die
- 24 Ergebnisse des IG Metall Zukunftsmonitors zeigen jedoch, dass die Mitgliederwerbung und -bindung über die Zukunft der IG Metall
- 25 entscheiden. Selbst bei Fortschreibung der erfolgreichen Mitgliederentwicklung der letzten drei Jahre würde sich der Altersschwer-
- 26 punkt von heute 47 bis 55 Jahren auf 58 bis 62 Jahre im Jahre 2025 verschieben und die IG Metall würde deutlich schrumpfen.
- 27
- 28 Die Zuwächse bei der jungen Generation sind nicht ausreichend, um eine nachhaltige Mitgliederentwicklung zu sichern. Um diese zu
- 29 erreichen und um bei der Mitgliederentwicklung in eine andere Größenordnung vorzustoßen, wird Folgendes vorausgesetzt:
- 30 • Das Gewinnen, Halten und Beteiligen junger Beschäftigter muss Aufgabe der gesamten IG Metall werden.
- 31 • Wir müssen kaufmännische Azubis, Azubis im Handwerk und Studierende genauso konsequent und systematisch ansprechen
- 32 und gewinnen wie gewerbliche Azubis in der Metall- und Elektroindustrie.
- 33 • Wir müssen die altbekannten und schwerwiegenden Lücken in unserer Biografie begleitenden Ansprache (Auslerner, Berufsein-
- 34 stieg) endlich schließen.
- 35 • Wir brauchen mehr Jugend- und Auszubildendenvertreter/-vertreterinnen, junge Vertrauensleute und junge Betriebsratsmit-
- 36 glieder. Sie sind die effektivsten Multiplikatoren für unsere Sache bei jungen Menschen.
- 37 • Wir müssen die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen der jungen Generation konsequenter und öffentlich sichtbarer gestalten
- 38 als bisher.
- 39

- Das Image der IG Metall muss sich so verändern, dass junge Beschäftigte die IG Metall als ihren Partner für Ausbildung und Beruf wählen.

Wie will die IG Metall diese Ziele erreichen?

1. Um den Stellenwert und die Fokussierung bei der Mitgliedergewinnung von Auszubildenden, dual Studierenden, Ferienbeschäftigten und Auslernern zu erhöhen, werden diese in den Geschäftsplänen der Verwaltungsstellen erfasst. Für die jeweiligen Zielgruppen werden, unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, verbindliche Ziele in den Geschäftsplänen formuliert. Korrespondierend damit stellen die Bevollmächtigten und Betriebsbetreuer/-betreuerinnen eine Unterstützung der Jugendsachbearbeiter/-sachbearbeiterinnen sicher.
2. Idealerweise steht in allen Verwaltungsstellen ein politischer Sekretär/eine politische Sekretärin mit Schwerpunkt Jugendarbeit zur Verfügung. Für diesen Kollegen/diese Kollegin wird die IG Metall eine kontinuierliche Weiterbildungsreihe entwickeln. Inhalt der Weiterbildung ist es, Hauptamtliche mit Jugendschwerpunkt gezielt und alltagsnah dabei zu unterstützen, die berufsbiografischen „Stationen“ der Zielgruppen mit einer systematischen Ansprache (Ausbildungsbeginn, Nachfassaktionen, Auslerner-Runden, Ferienjobber, Berufseinstieg usw.) zu verbinden und diese Aktivitäten als Regelarbeit in der Verwaltungsstelle zu etablieren und sich die dafür erforderliche Unterstützung zu organisieren.
3. Bevollmächtigte und Betriebsbetreuer und -betreuerinnen stellen sicher, dass es neben den Jugend- und Auszubildendenvertretern und -vertreterinnen in jedem Betriebsratsgremium eine Ansprechperson für die Werbung und Betreuung der jungen Beschäftigten gibt. Diese Person wird elektronisch erfasst. Die Wahlberichtsbögen zur Betriebsratswahl müssen entsprechend angepasst werden. Diese Ansprechpersonen werden – in Absprache mit den Verwaltungsstellen und Bezirksleitungen – per Dialogmarketing regelmäßig über unterstützende Angebote informiert. Die IG Metall wird ein begleitendes Seminarangebot und Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung konzipieren.
4. Die IG Metall wird Ansprachekonzepte für kaufmännische Azubis entwickeln und in Betrieben mit großem Potenzial und gewerkschaftlichen Multiplikatoren aus dem kaufmännischen Bereich erproben. Das Konzept und die Erfahrungen damit werden von Beginn an an Jugendsachbearbeiter und -sachbearbeiterinnen, Jugend- und Auszubildendenvertreter und -vertreterinnen und die o.g. Ansprechpersonen in den BR-Gremien kommuniziert, um einen schnellen Transfer der Ergebnisse zu gewährleisten.
5. Die Ansprache von Azubis aus dem Handwerk, die hauptsächlich und sehr erfolgreich an Berufsschulen durchgeführt wird, wird verstetigt und ausgebaut.
6. Die IG Metall identifiziert weitere Konzerne für die Werbung von Ferienbeschäftigten. Die Haltearbeit wird systematisiert und unterstützt.
7. Die IG Metall wählt Verwaltungsstellen aus, mit denen bis zum nächsten Gewerkschaftstag örtliche Beteiligungskonzepte für junge Beschäftigte entwickelt und erprobt werden. Ziel ist eine öffentlich wahrnehmbare Repräsentation junger Beschäftigter in den Gremien und in der Außendarstellung der Verwaltungsstelle. Die Wirkung dieser Maßnahmen wird evaluiert (vorher/nachher).
8. Ein Konzept für die Ansprache von Auslernern liegt bereits vor. Die IG Metall wird Betriebe mit hohen Austrittsraten in den zwölf Monaten nach Ende der Ausbildung auswählen, um es in diesen Betrieben beispielhaft zu erproben. Ziel der IG Metall ist es, innerhalb der kommenden vier Jahre die Durchführung von Informationsveranstaltungen für Auslerner (Auslerner-Runden) als Standard zu etablieren. Dies ist dringend notwendig, weil wir im ersten Jahr nach Ende der Ausbildung sehr viele junge Mitglieder verlieren, die wir zuvor mit hohem Einsatz und Aufwand geworben haben.
9. Wichtig ist und bleibt, dass die Akteure der Jungen IG Metall mit hoher Motivation und Spaß ihre Organisation mitgestalten und stärken. Nach den Erfolgen durch die Operation Übernahme und Revolution Bildung wird es kurz- und mittelfristig darum gehen, die tarifvertraglichen Regelungen in die Praxis umzusetzen. Mittel- und langfristig wird ein neuer Schwerpunkt der kommenden Aktivitäten festgelegt werden.
10. Die Interessen der Auszubildenden, Studierenden und jungen Beschäftigten in unseren Tarifforderungen aufzugreifen ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Werbung und Beteiligung von jungen Mitgliedern. Das beste Beispiel war der Schub in der Mitgliederentwicklung im Jahr 2012 rund um die Operation Übernahme. Die IG Metall wird bei allen aktuellen und zukünftigen zentralen Kampagnen und Initiativen sicherstellen, dass dabei die Interessen von jungen Beschäftigten herausgearbeitet,

sichtbar gemacht und auch gegenüber den Adressaten der Kampagnen (Arbeitgeber, Gesetzgeber usw.) vertreten werden. Die Junge IG Metall ist bereits bei der Konzeption einzubeziehen. Dies gilt insbesondere für die anstehende Umsetzung des Tarifvertrags Bildungsteilzeit und für die geplante arbeitszeitpolitische Initiative der IG Metall. Die Imagekampagne „Neue Zeiten. Neue Fragen. Gemeinsam für neue Antworten.“ unterstützt die IG Metall Jugend und trägt damit zur Weiterentwicklung zur Jungen IG Metall bei.

11. Ein Zukunftskongress der Jungen IG Metall, über den gesondert zu entscheiden ist, bildet den kommunikativen Knotenpunkt dieses Veränderungsprozesses.

Tarifvertrag Bildungsteilzeit umsetzen

Bildung ist der entscheidende Dreh- und Angelpunkt für Beschäftigungschancen und die berufliche Entwicklung. Bildung ist der Schlüssel für Emanzipation und Chancengleichheit. Deshalb muss Zugang zu Bildung immer möglich sein, unabhängig von der Lebensphase oder den ökonomischen Verhältnissen der Einzelnen. Die „Revolution Bildung“ geht in die neue Phase. Sie wird durch die Umsetzung des Tarifvertrages zur Bildungsteilzeit in den Betrieben fortgesetzt. Zielgruppe der Aktivitäten sind Ausgelernte mit Abschluss einer dualen Ausbildung. Inhaltliche Schwerpunkte sind hier die Veränderungen durch die Digitalisierung der Arbeit und Industrie 4.0. Die Möglichkeiten durch den Tarifvertrag zur Bildungsteilzeit für die berufliche Weiterentwicklung von jungen Beschäftigten werden herausgearbeitet und gemeinsam mit den Betriebsräten kommuniziert und umgesetzt. Mit diesen Maßnahmen soll auch die Attraktivität einer dualen Ausbildung wieder erhöht werden, da Entwicklungsperspektiven sichtbar werden. Die IG Metall wird einem weiteren Rückgang der Ausbildungsplätze der dualen Ausbildung entschieden entgegenwirken.

Tarifverträge für dual Studierende

Aufgrund der steigenden Bedeutung verschiedener Modelle des dualen Studiums (duales Studium, kooperatives Studium, Studierende im Praxisverbund u.v.m.) wird die IG Metall weiter versuchen, flächentarifvertragliche Regelungen für dual Studierende durchzusetzen. Die oben beschriebenen Aktivitäten haben zum Ziel, den für die Durchsetzung notwendigen Organisationsgrad weiter zu erhöhen.

Balance von Arbeit und Leben

Junge Beschäftigte haben ein starkes Interesse an der Gestaltung der Arbeitszeit. Neue Debatten fokussieren sich neben der Verkürzung auch auf die Flexibilisierung der Arbeitszeit zum Zwecke der Begleitung von biografischen Herausforderungen. Dazu gehören etwa Kinderbetreuung, Weiterbildung oder die Pflege Angehöriger oder nahestehender Menschen. Junge Menschen müssen ihre Lebenswünsche verwirklichen und ihre Lebensarbeitszeit dementsprechend flexibel gestalten können. Die geplante arbeitszeitpolitische Initiative der IG Metall ist eine große Chance, um zu zeigen, dass wir mit kollektiven Regelungen dazu beitragen, individuelle Freiheitsgrade zu verwirklichen. Bei der Entwicklung der Initiative werden die Perspektiven der jungen Beschäftigten einbezogen, bei der Kommunikation der Ziele die Perspektiven der jungen Beschäftigten fokussiert.

Beschluss des Gewerkschaftstages:

Annahme

Leitantrag 1

Antragsthema: Ergänzungsantrag zu L1 - Junge IG Metall

EL1.001-EA1

Antragstellerin/Antragsteller:

Adrian Wiemer (Delegierten-Nummer: 067)

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

1 Ergänzungen ab Gliederungspunkt 6 in der Aufzählung vorzunehmen.

2

3 (...)

4 **Wie will die IG Metall diese Ziele erreichen?**

5 1. Um den Stellenwert und die Fokussierung bei der Mitgliedergewinnung von Auszubildenden, dual Studierenden, Ferienbeschäftig-
6 ten und Auslernern zu erhöhen, werden diese in den Geschäftsplänen der Verwaltungsstellen erfasst. Für die jeweiligen Zielgruppen
7 werden, unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, verbindliche Ziele in den Geschäftsplänen formuliert. Korrespondierend
8 damit stellen die Bevollmächtigten und Betriebsbetreuer/-betreuerinnen eine Unterstützung der Jugendsachbearbeiter/-sachbe-
9 arbeiterinnen sicher.

10

11 2. Idealerweise steht in allen Verwaltungsstellen ein politischer Sekretär/eine politische Sekretärin mit Schwerpunkt Jugendarbeit zur
12 Verfügung. Für diesen Kollegen/diese Kollegin wird die IG Metall eine kontinuierliche Weiterbildungsreihe entwickeln. Inhalt der
13 Weiterbildung ist es, Hauptamtliche mit Jugendschwerpunkt gezielt und alltagsnah dabei zu unterstützen, die berufsbiografischen
14 „Stationen“ der Zielgruppen mit einer systematischen Ansprache (Ausbildungsbeginn, Nachfassaktionen, Auslerner-Runden, Ferien-
15 jobber, Berufseinstieg usw.) zu verbinden und diese Aktivitäten als Regelarbeit in der Verwaltungsstelle zu etablieren und sich die
16 dafür erforderliche Unterstützung zu organisieren.

17

18 3. Bevollmächtigte und Betriebsbetreuer und -betreuerinnen stellen sicher, dass es neben den Jugend- und Auszubildendenvertretern
19 und -vertreterinnen in jedem Betriebsratsgremium eine Ansprechperson für die Werbung und Betreuung der jungen Beschäftigten
20 gibt. Diese Person wird elektronisch erfasst. Die Wahlberichtsbögen zur Betriebsratswahl müssen entsprechend angepasst werden.
21 Diese Ansprechpersonen werden – in Absprache mit den Verwaltungsstellen und Bezirksleitungen – per Dialogmarketing regelmäßig
22 über unterstützende Angebote informiert. Die IG Metall wird ein begleitendes Seminarangebot und Möglichkeiten zum Erfahrungs-
23 austausch und zur Vernetzung konzipieren.

24

25 4. Die IG Metall wird Ansprachekonzepte für kaufmännische Azubis entwickeln und in Betrieben mit großem Potenzial und
26 gewerkschaftlichen Multiplikatoren aus dem kaufmännischen Bereich erproben. Das Konzept und die Erfahrungen damit werden von
27 Beginn an an Jugendsachbearbeiter und -sachbearbeiterinnen, Jugend- und Auszubildendenvertreter und -vertreterinnen und die o.
28 g. Ansprechpersonen in den BR-Gremien kommuniziert, um einen schnellen Transfer der Ergebnisse zu gewährleisten.

29

30 5. Die Ansprache von Azubis aus dem Handwerk, die hauptsächlich und sehr erfolgreich an Berufsschulen durchgeführt wird, wird
31 verstetigt und ausgebaut.

32

33

6. Die IG Metall identifiziert weitere Konzerne für die Werbung von Ferienbeschäftigten. Die Haltearbeit wird systematisiert und unterstützt.

7. Aufgrund der weiter steigenden Studierendenzahlen intensiviert die IG Metall ihre Aktivitäten für die Mitgliederwerbung von Studierenden an den Hochschulen und Universitäten. Die bisherigen Erfahrungen in der Studierendenarbeit sollen ausgetauscht und evaluiert werden. Die bereits erstellten Ansprachekonzepte sollen ausgebaut und standardisiert werden.

~~7.~~ 8. Die IG Metall wählt Verwaltungsstellen aus, mit denen bis zum nächsten Gewerkschaftstag örtliche Beteiligungskonzepte für junge Beschäftigte entwickelt und erprobt werden. Ziel ist eine öffentlich wahrnehmbare Repräsentation junger Beschäftigter in den Gremien und in der Außendarstellung der Verwaltungsstelle. Die Wirkung dieser Maßnahmen wird evaluiert (vorher/nachher).

~~8.~~ 9. Ein Konzept für die Ansprache von Auslernern liegt bereits vor. Die IG Metall wird Betriebe mit hohen Austrittsraten in den zwölf Monaten nach Ende der Ausbildung auswählen, um es in diesen Betrieben beispielhaft zu erproben. Ziel der IG Metall ist es, innerhalb der kommenden vier Jahre die Durchführung von Informationsveranstaltungen für Auslerner (Auslerner-Runden) als Standard zu etablieren. Dies ist dringend notwendig, weil wir im ersten Jahr nach Ende der Ausbildung sehr viele junge Mitglieder verlieren, die wir zuvor mit hohem Einsatz und Aufwand geworben haben.

9. 10. Wichtig ist und bleibt, dass die Akteure der Jungen IG Metall mit hoher Motivation und Spaß ihre Organisation mitgestalten und stärken. Nach den Erfolgen durch die Operation Übernahme und Revolution Bildung wird es kurz- und mittelfristig darum gehen, die tarifvertraglichen Regelungen in die Praxis umzusetzen. Mittel- und langfristig wird ein neuer Schwerpunkt der kommenden Aktivitäten festgelegt werden.

~~10.~~ 11. Die Interessen der Auszubildenden, Studierenden und jungen Beschäftigten in unseren Tarifforderungen aufzugreifen ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Werbung und Beteiligung von jungen Mitgliedern. Das beste Beispiel war der Schub in der Mitgliederentwicklung im Jahr 2012 rund um die Operation Übernahme. Die IG Metall wird bei allen aktuellen und zukünftigen zentralen Kampagnen und Initiativen sicherstellen, dass dabei die Interessen von jungen Beschäftigten herausgearbeitet, sichtbar gemacht und auch gegenüber den Adressaten der Kampagnen (Arbeitgeber, Gesetzgeber usw.) vertreten werden. Die Junge IG Metall ist bereits bei der Konzeption einzubeziehen. Dies gilt insbesondere für die anstehende Umsetzung des Tarifvertrags Bildungsteilzeit und für die geplante arbeitszeitpolitische Initiative der IG Metall. Die Imagekampagne „Neue Zeiten. Neue Fragen. Gemeinsam für neue Antworten.“ unterstützt die IG Metall Jugend und trägt damit zur Weiterentwicklung zur Jungen IG Metall bei.

~~11.~~ 12. Ein Zukunftskongress der Jungen IG Metall, über den gesondert zu entscheiden ist, bildet den kommunikativen Knotenpunkt dieses Veränderungsprozesses.

(...)

Beschluss des Gewerkschaftstages:

Annahme

Antrag zum Leitantrag 1

Antragsthema: Abschaffung Altersdiskriminierung JAV

L1.001

Antragstellerin/Antragsteller: 349 VS Köln-Leverkusen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Dass die IG Metall sich dafür einsetzt, dass das eingeschränkte Wahlrecht in Bezug auf die JAV-Wahlen (BetrVG § 60 [1], 61 [1 und
2 2]) so geändert wird, dass alle Auszubildenden und dual Studierenden, unabhängig vom Alter, ein aktives und passives Wahlrecht er-
3 halten. Dazu ist es zusätzlich erforderlich, dass die Ausbildungsform des „dualen Studiums“ durch eine Konkretisierung im BBiG, als
4 eine Art der Berufsausbildung klar definiert wird.

5
6 Das Alter, mit dem die Auszubildenden und dual Studierenden ihre Ausbildung anfangen, steigt stetig. Dies hat mehrere Gründe:
7 Zum einen machen viele Auszubildende oder dual Studierende vor ihrer Ausbildung noch Maßnahmen, die die sog. „Ausbildungs-
8 fähigkeit“ steigern sollen, und zum anderen fangen viele Auszubildende und dual Studierende nach dem Abitur eine Ausbildung an.
9 Dieses hat zur Folge, dass das Eintrittsalter vieler Auszubildenden und dual Studierender zwischen 20 und 24 Jahren liegt. Dadurch
10 haben viele Auszubildende und dual Studierende während ihrer Ausbildung keine Möglichkeit, ihre besondere Interessenvertretung
11 für den Bereich der Auszubildenden oder des dualen Studiums zu wählen. Die Jugend- und Auszubildendenvertretung ist jedoch im
12 betrieblichen Alltag aber weiterhin der Ansprechpartner für die Kolleginnen und Kollegen rund um Ausbildung und Studium. Somit
13 werden die Kolleginnen und Kollegen über 25 Jahre von der Jugend- und Auszubildendenvertretung betreut und nicht von den Be-
14 triebsräten, können sich diese Vertreter jedoch nicht wählen und sich auch nicht selbst für eine Verbesserung ihrer Bedingungen ein-
15 setzen. In manchen Betrieben führt diese Altersgrenze sogar dazu, dass, obwohl ausgebildet wird, keine Jugend- und Auszubilden-
16 denvertretung gewählt werden kann, da eine Vielzahl der Auszubildenden und dual Studierenden über 25 Jahre alt ist und somit die
17 Mindestanzahl von Auszubildenden für die JAV nicht erreicht wird. Dies kann nicht in unserem Sinne sein und wir müssen uns dafür
18 einsetzen, dass alle Auszubildenden und dual Studierenden eine Möglichkeit der aktiven Gestaltung ihrer Auszubildendenverhältnisse er-
19 langen, indem sie über eine Jugend- und Auszubildendenvertretung mitentscheiden dürfen und diese auch wählen können.

20
21 Wir fordern somit die Aufhebung der Altersgrenze von 25 Jahren für die aktive und passive Wahl von Auszubildenden und dual
22 Studierenden. Denn nur mit dieser Aufhebung kann eine Vertretung der Interessen möglich gemacht werden.

23

24

25

26

27

28

Beschluss des Gewerkschaftstages:

30 Annahme in geänderter Fassung:

31

- 32 Dass die IG Metall sich dafür einsetzt, dass das eingeschränkte Wahlrecht in Bezug auf die JAV-Wahlen (BetrVG § 60 (1), 61 (1 und
33 2)) so geändert wird, dass alle Auszubildenden und dual Studierenden, unabhängig vom Alter, ein aktives und passives Wahlrecht er-

34 halten. Dazu ist es zusätzlich erforderlich, dass die Ausbildungsform des „dualen Studiums“ durch eine Konkretisierung im BBiG, als
35 eine Art der Berufsausbildung klar definiert wird.

36

37 Das Alter, mit dem die Auszubildenden und dual Studierenden ihre Ausbildung anfangen, steigt stetig. Dies hat mehrere Gründe:
38 Zum einen machen viele Auszubildende oder dual Studierende vor ihrer Ausbildung noch Maßnahmen, die die sog. „Ausbildungs-
39 fähigkeit“ steigern sollen, und zum anderen fangen viele Auszubildende und dual Studierende nach dem Abitur eine Ausbildung an.
40 Dieses hat zur Folge, dass das Eintrittsalter vieler Auszubildenden und dual Studierender zwischen 20 und 24 Jahren liegt. Dadurch
41 haben viele Auszubildende und dual Studierende während ihrer Ausbildung keine Möglichkeit, ihre besondere Interessenvertretung
42 für den Bereich der Auszubildenden oder des dualen Studiums, zu wählen. Die Jugend- und Auszubildendenvertretung ist jedoch im
43 betrieblichen Alltag aber weiterhin der Ansprechpartner für die Kolleginnen und Kollegen rund um Ausbildung und Studium. Somit
44 werden die Kolleginnen und Kollegen über 25 Jahre von der Jugend- und Auszubildendenvertretung betreut und nicht von den Be-
45 tribsräten, können sich diese Vertreter jedoch nicht wählen und sich auch nicht selbst für eine Verbesserung ihrer Bedingungen ein-
46 setzen. In manchen Betrieben führt diese Altersgrenze sogar dazu, dass, obwohl ausgebildet wird, keine Jugend- und Auszubilden-
47 denvertretung gewählt werden kann, da eine Vielzahl der Auszubildenden und dual Studierenden über 25 Jahre alt ist und somit die
48 Mindestanzahl von Auszubildenden für die JAV nicht erreicht wird. Dies kann nicht in unserem Sinne sein und wir müssen uns dafür
49 einsetzen, dass alle Auszubildenden und dual Studierenden eine Möglichkeit der aktiven Gestaltung ihrer Ausbildungsverhältnisse er-
50 langen, indem sie über eine Jugend- und Auszubildendenvertretung mitentscheiden dürfen und diese auch wählen können.

51

52 Wir fordern somit die Aufhebung der Altersgrenze von 25 Jahren für die aktive und passive Wahl von Auszubildenden und dual
53 Studierenden. Denn nur mit dieser Aufhebung kann eine Vertretung der Interessen möglich gemacht werden.

Antrag zum Leitantrag 1

Antragsthema: Tarifpolitik für und mit der jungen Generation

L1.002

**Antragstellerin/Antragsteller:
Jugendausschuss beim Vorstand**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall macht in allen Branchen Tarifpolitik für die junge Generation. Bei der Erarbeitung von Tarifforderungen muss die Betei-
- 2 ligung der jungen Generation sichergestellt werden. Deshalb fordern wir die Gesamtorganisation auf, sich künftig noch stärker mit
- 3 tarifpolitischen Themen der Jugend auseinanderzusetzen und Tarifpolitik gemeinsam mit der Jugend zu gestalten.
- 4
- 5 Hieraus ergeben sich insbesondere diese gemeinsam zu verfolgende Handlungsaufträge:
- 6 • Das Erreichen einer existenzsichernden Ausbildungsvergütung, die ein eigenständiges Leben und die Teilhabe am gesellschaftli-
- 7 chen Leben in all seinen Facetten ermöglicht.
- 8 • Unser politisch langfristiges Ziel ist eine Ausbildungsvergütung, welche mindestens 50% des Facharbeitereckentgeltes beträgt.
- 9 • Die Erarbeitung eines Konzeptes zur Durchsetzung von Tarifverträgen für dual Studierende.
- 10 • Eine starke Initiative zur Umsetzung unserer bereits abgeschlossenen Tarifverträge in den Betrieben. Hierzu zählen insbesondere
- 11 die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung sowie die Tarifverträge zur Weiterbildung.
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17

18 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

19 Annahme

Antrag zum Leitantrag 1

Antragsthema: Studierendenarbeit der IG Metall

L1.003

**Antragstellerin/Antragsteller:
340 VS Aachen**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall stellt sich den Herausforderungen von Industrie 4.0 mit einer Mitgliederoffensive im Bereich der Studierenden.
- 2
- 3 Die Stärkung des Organisationsgrads bei Studierenden soll die Positionsfindung bei Themen wie Crowdsourcing, Digitalisierung und
- 4 Automatisierung vorantreiben.
- 5
- 6 Die Präsenz an den Hochschulen mit Ringvorlesungen soll weitergeführt und ausgebaut werden. Dazu gehört ebenfalls das Angebot
- 7 von Exkursionen an den Hochschulen, welche die Studierendenarbeit mit der betrieblichen Arbeit verknüpft.
- 8
- 9 Für die Studierendenarbeit ist pro Bezirk mindestens eine hauptamtliche Kraft zu beschäftigen. Diese ist ausschließlich für die
- 10 Studierendenarbeit zuständig und koordiniert diese im Bezirk.
- 11
- 12 Ziel muss sein, an möglichst vielen Hochschulen und Universitäten IG Metall Studierendengruppen zu gründen.
- 13
- 14 Verwaltungstellen mit großen Universitätsstandorten, darunter insbesondere Orte mit Technischen Universitäten, sollen mit zusätzli-
- 15 chem hauptamtlichen Personal ausgestattet werden, um die Studierendenarbeit vor Ort effektiv betreuen zu können.
- 16
- 17 Die Studierendenarbeit soll integraler Bestandteil der IG Metall Jugend sein.
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22

- 23 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 24 Annahme als Material an den Vorstand

Antrag zum Leitantrag 1

Antragsthema: Tarifbindung für dual Studierende

L1.004

**Antragstellerin/Antragsteller:
702 VS Aschaffenburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall wird darauf hinwirken, dass in allen Tarifgebieten und Branchen im Zuständigkeitsbereich der IG Metall die dual
- 2 Studierenden in die Geltungsbereiche der Tarifverträge mit aufgenommen werden.
- 3
- 4 In der betrieblichen Praxis nimmt die Ausbildung von dual Studierenden zu. Im Gegenzug manifestiert sich die Tendenz, dass Aus-
- 5 bildungsverhältnisse rückläufig sind. Die betriebliche Handhabung von Ausbildungsverträgen für dual Studierende sind sehr unter-
- 6 schiedlich. Vom Grundsatz sind Auszubildende und dual Studierende in den Betrieben gleichzustellen. Die dual Studierenden wollen
- 7 wir für uns gewinnen.
- 8
- 9 Auch für dual Studierende sichern Tarifverträge Mindestbedingungen. Im besonderen Fokus sind hierbei z.B. Urlaubsansprüche, Über-
- 10 nahme, Ansprüche nach Tarifvertrag Qualifizierung, Lehrmittelfreiheit und Fahrtkosten.
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 17 Annahme

Antrag zum Leitantrag 1

Antragsthema: Eine gerechte Reform des Berufsbildungsgesetzes

L1.005

Antragstellerin/Antragsteller: Jugendausschuss beim Vorstand

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Jugendliche brauchen eine qualitativ hochwertige Ausbildung und klare, verlässliche Bedingungen. Aus Sicht der IG Metall gibt es
2 daher tief greifenden Reformbedarf im Berufsbildungsgesetz.

3

4 Dazu zählen u.a. folgende Punkte:

- 5 1. Ausbildungsgarantie: Verankerung eines Rechtsanspruchs auf Ausbildung.
6 2. Vergütung: Der § 17 des Berufsbildungsgesetzes muss dahingehend verändert werden, dass in Zukunft tarifliche Vergütungen
7 für alle Ausbildungsverhältnisse inkl. schulischer und außerbetrieblicher Ausbildung gelten. Eine weitere Größe könnte der
8 BAföG-Höchstsat (netto) sein.
9 3. Das duale Studium muss auf sichere gesetzliche Grundlagen gestellt werden. Insbesondere geht es um die Regelung zur Zusam-
10 menarbeit zwischen Betrieb, Hochschule und Berufsschule sowie die Ausgestaltung des Ausbildungsvertrages zwischen
11 Studierenden und Betrieb.
12 4. Lehrmittelfreiheit: Alle Kosten müssen von den Arbeitgebern getragen werden. Dies gilt insbesondere bei Fragen von Fahrtkosten
13 vom Wohnort zur Berufsschule sowie Hochschule, Übernachtungskosten und schulischen Materialien.
14 5. Berufsschule/Hochschule: Notwendig sind gesicherte Qualitätsstandards und bessere Kooperation zwischen Berufsschule bzw.
15 Hochschule und Betrieb. Grundlage dafür ist auch der Ausbau hin zu mehr Mitbestimmung und Demokratie an Berufs- und
16 Hochschulen.

17

18

19

20

21

22

23 Beschluss des Gewerkschaftstages:

24 Annahme in geänderter Fassung:

25

- 26 Jugendliche brauchen eine qualitativ hochwertige Ausbildung und klare, verlässliche Bedingungen. Aus Sicht der IG Metall gibt es
27 daher tief greifenden Reformbedarf im Berufsbildungsgesetz.

28 Dazu zählen u.a. folgende Punkte:

29

- 30 1. Ausbildungsgarantie: Verankerung eines Rechtsanspruchs auf Ausbildung
31 2. Vergütung: Der § 17 des Berufsbildungsgesetzes muss dahingehend verändert werden, dass in Zukunft tarifliche Vergütungen für
32 alle Ausbildungsverhältnisse inklusive schulischer und außerbetrieblicher Ausbildung gelten. Eine weitere Größe könnte der BAföG-
33 Höchstsatz (netto) sein.

-
- 34 4. 3. Lehmittelfreiheit: Alle Kosten müssen von den Arbeitgebern getragen werden. Dies gilt insbesondere bei Fragen von Fahrtkosten
35 vom Wohnort zur Berufsschule sowie Hochschule, Übernachtungskosten und schulischen Materialien.
- 36 ~~3.~~ 4. Das duale Studium muss auf sichere gesetzliche Grundlagen gestellt werden. Insbesondere geht es um die Regelung zur Zu-
37 sammenarbeit zwischen Betrieb, Hochschule und Berufsschule sowie die Ausgestaltung des Ausbildungsvertrages zwischen
38 Studierenden und Betrieb.
- 39 ~~4. Lehmittelfreiheit: Alle Kosten müssen von den Arbeitgebern getragen werden. Dies gilt insbesondere bei Fragen von Fahrtkosten~~
40 ~~vom Wohnort zur Berufsschule sowie Hochschule, Übernachtungskosten und schulischen Materialien.~~
- 41 5. Berufsschule/Hochschule: Notwendig sind gesicherte Qualitätsstandards und bessere Kooperation zwischen Berufsschule bzw.
42 Hochschule und Betrieb. Grundlage dafür ist auch der Ausbau hin zu mehr Mitbestimmung und Demokratie an Berufs- und Hoch-
43 schulen.

Antrag zum Leitantrag 1

Antragsthema: Ausbildungsquote und Einbeziehung der schulschwachen Jugendlichen

L1.006

**Antragstellerin/Antragsteller:
212 VS Mittelhessen**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Die IG Metall setzt sich politisch dafür ein, dass genügend Ausbildungsplätze, gemessen an seiner Beschäftigtenzahl, eine gesetzlich
- 2 geregelte (prozentuale) Ausbildungsquote für jeden Betrieb eingerichtet werden muss. Sollte nicht ausreichend selbst betrieblich aus-
- 3 gebildet werden, so ist über ein Umlageverfahren die überbetriebliche Ausbildungsmöglichkeit zu fördern.

4

5

6

7

8

9 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

- 10 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 1

Antragsthema: Beteiligung Jugendlicher mit Migrationshintergrund an der dualen Ausbildung

L1.007

Antragstellerin/Antragsteller: 145 VS Dortmund

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Bezirke, Verwaltungsstellen und Betriebsräte, im Rah-
- 2 men ihrer Zuständigkeiten, für eine bessere Beteiligung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der dualen Ausbildung zu
- 3 sorgen haben.
- 4
- 5 Gute Bildung ist die Voraussetzung für eine Gute Arbeit und Zukunft. Und damit ein Schlüssel zu mehr Demokratie und Gerechtigkeit
- 6 Neben der strukturellen Benachteiligung durch schlechtere Bildungschancen stellt der Migrationshintergrund auch bei gleichen Ab-
- 7 schlüssen und vergleichbarem Engagement meist ein zusätzliches Hemmnis bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz dar.
- 8 Der Berufsbildungsbericht 2013 des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIB) zeigt, dass aktuell lediglich 46%, also weniger als die
- 9 Hälfte aller Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die sich auf eine vollqualifizierende Berufsausbildung bewerben, diese auch tat-
- 10 sächlich erhalten. (Bei Bewerberinnen und Bewerbern ohne Migrationshintergrund liegt diese Quote bei 61%.)
- 11 Im Jahr 2014 hat die Anzahl der neuen Ausbildungsverträge mit 522.000 einen historischen Tiefstand erreicht. 288.000 Ausbildungs-
- 12 bewerberinnen und Ausbildungsbewerber haben keinen Ausbildungsplatz bekommen und die Bereitschaft der Betriebe, Jugendliche
- 13 mit Migrationshintergrund auszubilden, hat sich von 2011 bis 2014 nicht verändert.
- 14 Die Studie „Berufsausbildung junger Menschen mit Migrationshintergrund“ 2014 (im Auftrag der Bertelsmann Stiftung) weist nach,
- 15 dass
- 16 • nur 15% der ausbildungsaktiven Unternehmen Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbilden,
- 17 • fast 60% der ausbildenden Betriebe in Deutschland noch nie Azubis mit Migrationshintergrund beschäftigt haben.

- 23 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**
- 24 Annahme

Antrag zum Leitantrag 1

Antragsthema: Strukturelle Diskriminierung

L1.008

**Antragstellerin/Antragsteller:
408 VS Region Hamburg**

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, gemeinsam mit den Bezirken und Verwaltungsstellen, im Rahmen ihrer jeweiligen Zu-
- 2 ständigkeiten für eine bessere Beteiligung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der dualen Ausbildung einzutreten. Dies
- 3 beinhaltet sowohl das Ausüben politischen Drucks als auch die Bereitstellung und Umsetzung von Handlungskonzepten für betriebli-
- 4 che Interessenvertretungen.
- 5
- 6 Gute Bildung ist die Voraussetzung für eine Gute Arbeit und Zukunft. Und damit ein Schlüssel zu mehr Demokratie und Gerech-
- 7 tigkeit.
- 8 Neben der strukturellen Benachteiligung durch schlechtere Bildungschancen stellt der Migrationshintergrund auch bei gleichen Ab-
- 9 schlüssen und vergleichbarem Engagement meist ein zusätzliches Hemmnis bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz dar.
- 10
- 11 Der Berufsbildungsbericht 2013 des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIB) zeigt, dass aktuell lediglich 46%, also weniger die Hälfte
- 12 aller Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die sich auf eine vollqualifizierende Berufsausbildung bewerben, diese auch tatsächlich
- 13 erhalten. (Bei Bewerberinnen und Bewerbern ohne Migrationshintergrund liegt diese Quote bei 61%.)
- 14
- 15 Im Jahr 2014 hat die Anzahl der neuen Ausbildungsverträge mit 522.000 einen historischen Tiefstand erreicht. 288.000 Ausbildungs-
- 16 bewerberinnen und -bewerber haben keinen Ausbildungsplatz bekommen und die Bereitschaft der Betriebe, Jugendliche mit Migrati-
- 17 onshintergrund auszubilden, hat sich von 2011 bis 2014 nicht verändert.
- 18
- 19 Die Studie „Berufsausbildung junger Menschen mit Migrationshintergrund“ 2014 (im Auftrag der Bertelsmann Stiftung) weist nach,
- 20 dass
- 21 • nur 15% der ausbildungsaktiven Unternehmen Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbilden.
- 22 • fast 60% der ausbildenden Betriebe in Deutschland noch nie Azubis mit Migrationshintergrund beschäftigt haben.

Beschluss des Gewerkschaftstages:

Erledigt durch Antrag Nr. L1.007

Antrag zum Leitantrag 1

Antragsthema: Förderung der Teilhabe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der dualen Ausbildung

L1.009

Antragstellerin/Antragsteller:
344 VS Gevelsberg-Hattingen

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 den Vorstand der IG Metall aufzufordern, sich dafür einzusetzen,
- 2 • dass die Bezirke, Verwaltungsstellen und Betriebsräte, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten, die Möglichkeiten zur Teilhabe von
- 3 Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der dualen Ausbildung fördern und fordern (z.B. durch anonymisierte Bewerbungen);
- 4 • die Ausbildung Jugendlicher mit Migrationshintergrund in Unternehmen festzuschreiben;
- 5 • sich verstärkt für die Umsetzung der Tarifverträge zur Förderung der Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen im Organisationsbe-
- 6 reich der IG Metall einzusetzen.

7
8
9
10
11

12 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

13 Annahme als Material zum Leitantrag

Antrag zum Leitantrag 1

Antragsthema: Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

L1.010

Antragstellerin/Antragsteller: 151 VS Hamm-Lippstadt

Der 23. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- 1 Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, sich
- 2 • in den kommenden Tarifrunden flächendeckend für die Einführung und den Ausbau von tarifvertraglichen Regelungen zur Förde-
- 3 rung der Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen im Organisationsbereich der IG Metall einzusetzen. Dazu gehört bei schon be-
- 4 stehenden tarifvertraglichen Regelungen die Überprüfung auf die reale Umsetzung dieser Regelungen und ein regelmäßiger Di-
- 5 alog durch die Tarifvertragsparteien.
- 6 • dafür einzusetzen, dass die jeweiligen Akteure auf den unterschiedlichen Ebenen eine umfassende Datenlage zu dem Thema be-
- 7 kommen, damit ein thematischer Diskurs im Betrieb und in der Gesellschaft geführt werden kann. Dafür fordern wir eine um-
- 8 fangreiche Recherche mindestens in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie, nach Möglichkeit auch darüber hinaus mit
- 9 folgenden Inhalten:
- 10 Anteil der Jugendlichen (U27) mit Migrationshintergrund, die sich in einer Ausbildung befinden.
- 11
- 12 Anteil der Jugendlichen (U27) mit Migrationshintergrund, die in „Warteschleifen“ hängen.
- 13 Ausbildungsberufe, in denen diese ausgebildet werden.
- 14 Schulabschlüsse, die diese Auszubildenden besitzen.
- 15
- 16
- 17 • dafür einzusetzen, dass die Bezirke, Verwaltungsstellen, Betriebsräte und Jugend- und Auszubildendenvertreter, im Rahmen ihrer
- 18 Zuständigkeiten, für eine bessere Beteiligung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der dualen Ausbildung zu sorgen
- 19 haben.
- 20
- 21 Hierbei sollen vor allem folgende (flankierende) Maßnahmen im Vordergrund stehen:
- 22 • Hinwirkung auf die möglichst flächendeckende Einführung und Nutzung von anonymisierten Bewerbungsverfahren.
- 23 • Ausbau von Möglichkeiten einer assistierten Ausbildung.
- 24 • Integration und Förderung von Ausbildern und Ausbilderinnen mit Migrationshintergrund. Hierbei sollen die Betriebs-
- 25 ratsgremien insbesondere ihre Möglichkeiten nach § 92 BetrVG (Personalplanung), § 95 BetrVG (Auswahlrichtlinien) in An-
- 26 spruch nehmen.
- 27 • Insgesamt ein Ausbau von Ausbildungsplätzen. Hierbei soll an die Arbeitgeberverbände und an einzelne Arbeitgeber appelliert
- 28 werden und die Betriebsratsgremien sollen ihre Möglichkeiten nach § 92 BetrVG (Personalplanung) und § 96 BetrVG (Förderung
- 29 der Berufsbildung) in Anspruch nehmen.
- 30
- 31 Bei der Anzahl der Ausbildungsplätze sieht die Ausbildungsbilanz 2014, die von der IG Metall vorgestellt wurde, sehr düster aus:
- 32 „Die Ausbildungsquoten in den für die IG Metall wesentlichen Wirtschaftszweigen bewegen sich zwischen 3,3% in der Automobil-
- 33 industrie und 5,2% im Maschinenbau. Die geringe Ausbildungsleistung gefährdet einen ausreichenden Fachkräftenachwuchs.“

- 34 • Vielfalt in der Ausbildung als Grundprinzip. Hierbei spielen die Betriebsratsgremien eine entscheidende Rolle, wenn diese ihre
35 Handlungsmöglichkeiten ausnutzen. Es soll eine möglichst heterogene Mischung bei der Auswahl der Auszubildenden beachtet
36 werden.

37
38 Dabei sollen folgenden Kriterien berücksichtigt werden:

- 39 • Anteil der Geschlechter
40 • Unterschiedliche Schulabschlüsse
41 • Mit/Ohne Migrationshintergrund
42 • Die Forderung nach einer gesetzlichen Umlagefinanzierung bleibt bestehen und ist ein wichtiger Baustein. Branchenfonds kön-
43 nen kurzfristig eine Übergangslösung darstellen.
44 • Die umfassende und kostenfreie Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen

45
46 Für uns als IG Metall gelten „Ehrenrunden“ vor der Ausbildung (beispielsweise Berufsgrundschuljahr) und „Schmalspurausbildungen
47 “ (beispielsweise Maschinen- und Anlagenführer/-führerin) nicht als echte Alternative zu anderen umfassenderen Ausbildungsberufen.
48 Daher lehnen wir das „Parken“ von Jugendlichen, vor allem mit Migrationshintergrund, in diesen Maßnahmen ab.

49
50
51
52
53
54
55
56 **Beschluss des Gewerkschaftstages:**

57 Annahme als Material zum Leitantrag